

Wirtschaft, der viele Millionen neuer Arbeiter geschaffen hat. Der Friedensplan muß erst organisiert werden, vorherhand herbeizuführen die Erkenntnis vor, daß der Krieg der wirtschaftlichen Bewahrung der weissen Klasse geschadet werden muß. Dabei ist nicht einmal die Wirtschaftswirtschaft das Entscheidende. Der Frieden ruht einzig auf der Hoffnung, daß die Rot die Mächtigen zur Einsicht zwingen wird.

Fortwährende Klammern Bonn.

Der Abzug der französischen Besatzung aus Bonn ist in vollem Gange. Das französische Infanterieregiment 188 mit Kanonenschwerer hat in den letzten Tagen vor Weihnachten Bonn verlassen und ist nach Frankreich zurückgekehrt. Weitere Truppenteile wurden mit Lastkraftwagen in der Richtung Gießen abgeführt.

Bergleib im Falle Höfle.

Als der Reichsdienst der Deutschen Presse erfährt, ist zwischen der Witwe des verstorbenen Reichsministers Höfle und dem preussischen Fiskus ein Vergleich unterzeichnet worden. Angehörig der Feststellungen des preussischen Untersuchungsausschusses und der Rolle, die das Gefängnispersonal bei dem Hinrichten Dr. Höfles gespielt hat, ist Frau Dr. Höfle für ihre eigene Person eine lebenslängliche jährliche Rente von 8000 Mark zugesprochen worden. Diese Rente erlischt im Falle einer Wiederheirat der Frau Dr. Höfle. Für die drei minderjährigen Kinder erhält Frau Dr. Höfle außerdem eine Jahresrente von 800 Mark für jedes der Kinder, bis bis zum 18. Lebensjahre ausbezahlt werden soll.

749 000 Arbeitslose. Laut „Berliner Tageblatt“ sind nach der letzten Zählung 687 000 Personen im unbesetzten Gebiet erwerbslos, im besetzten Gebiet 182 000. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ ist im Verlaufe der letzten Wochen die Zahl der Erwerbslosen um über 40 Prozent gestiegen. Einzelne Gemeinden Sachsens weisen sogar eine Verdoppelung und mehr auf. In Bayern ist die Zahl der Erwerbslosen vor 102 000 am 15. Dezember auf rund 120 000 am 24. Dezember gestiegen.

Der Mord an dem Reichsbannermann Schulz.

Die Revision gegen den Freispruch Rehnigs vom Reichsgericht verworfen.

Der Kaufmann Rehnig, der am Tage der Reichspräsidentenwahl bei einem Zusammenstoß zwischen Anhängern der verschiedenen politischen Richtungen den tödlichen Schlag auf den Reichsbannermann Schulz abgab, war bekanntlich vom großen Schöffengericht Berlin-Schöneberg freigesprochen worden, da das Gericht zu der Auffassung gekommen war, daß Rehnig in Notwehr gehandelt hatte. Die von der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil angelegte Revision ist nunmehr vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewiesen worden, so daß der Freispruch Rehnigs rechtskräftig geworden ist.

Die Deutschen in Südtirol.

Der „Popolo d'Italia“ beschäftigt sich mit Ausführungen der deutschen Presse über die Behandlung der Südtiroler und sagt, es sei erstaunlich, daß sich die Deutschen nicht um die Millionen Deutscher bekümmerten, die durch den Friedensvertrag Frankreich, der Tschechoslowakei und Polen überwiesen worden seien. Die Deutschen in Südtirol würden im Vergleich zu den deutschen Minderheiten anderer Staaten mit Zuderkrot und Honig behandelt. Italien könne nicht einmal eine Distinktion seiner historischen, ethnischen (!) und geographischen „Rechte auf Südtirol“ und die Brennergrenze zulassen. Man könne in Deutschland schreien, solange man wolle, Italien werde sich von diesen Positionen nicht mehr entfernen. Die fremden Minderheiten seien durch die italienischen Gesetze in ausgereicherter Weise geschützt und das müsse genügen. Sie seien auch vom Völkerbund in einer der letzten Entscheidungen anerkannt worden.

Italien hat keine unabhängige Presse mehr. Der Hoim, mit dem „Popolo d'Italia“ die Verhandlung des Deutschland in Südtirol begleitet, ist elende Schreibflabenarbeit. Aber die italienische Presse irrt sich, wenn sie glaubt, daß sie das Ausland mit Ausführungen wie diesen über das täuschen kann, was in Südtirol geschieht. Die Stellungnahme der amerikanischen Presse beweist das klar und deutlich.

Italienisch-Schweizerischer Grenzzwischenfall.

Genf, 28. Dez. Ein neuer schweizerisch-italienischer Zwischenfall hat die Ruhe der Weihnachtstage an der Grenze der Lugano getrübt. Die Existenz der italienischen Enklave im schweizerischen Gebiet von Campione am Luganer See, die Ursache so vieler früherer Zwischenfälle, trägt auch diesmal die Hauptschuld. Der Bürgermeister dieses — eine Zeitlang mit Monte Carlo wetteifernden — Ortes hatte einen früheren Italiener, einen naturalisierten Schweizer, der angeblich italienischer Deserteur war, gelegentlich „auf seinem Gebiete“ festnehmen lassen. Der Festgenommene, einer von vier Brüdern Spinelli, konnte aber entfliehen. Nun gab es am Sonnabend, als der Bürgermeister von Campione, Vitalini, in das Dorf Aragno bei Lugano auf schweizerisches Gebiet kam, um dort das lokale Fest mitzufeiern, den leicht vorauszuweisenden Zwischenfall. Die Menge wandte sich gegen den italienischen Bürgermeister, der aber in Erwartung der Dinge, die sich abspielen würden, bereits einen Revolver mitgebracht hatte. Infolgedessen mußte schweizerischerseits eine Abteilung Gendarmen mobilisiert, von italienischer Seite ein Teil der Grenzübergänge geschlossen werden. Dadurch gewinnt die Sache politische Bedeutung und beschäftigt bereits das Berner politische Departement.

Jedem das Seine.

Ein Vorschlag.

Der Widerstand gegen die Forderungen der unglücklichen ehemaligen Landesherren Deutschlands und ihrer Familienmitglieder, der in der deutschnationalen Presse zuerst als „Rechtsbruch“ hingestellt wurde, gewinnt auch in Kreisen die den Deutschen national sehr nahe stehen, immer mehr an Boden. Die „Beipziger Neuesten Nachrichten“, ein ausgesprochen rechtsstehendes Blatt, beschäftigen sich mit der Frage der Fürstenabfindung in einem redaktionellen Beiratsartikel und stimmen darin allen den Argumenten und Folgerungen zu, die zunächst von der demokratischen Presse geltend gemacht wurden. Die Frage, wieviel den Fürsten an Privatvermögen zustehe, wird als unlösbar und unfruchtbar bezeichnet. Es könne sich nur darum handeln, ihnen den angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Hier seien aber die Fürsten nicht als „Anwärter auf den Königsthron“ zu bezeichnen, sondern sie hätten nur eine Entschädigung als ehemalige Repräsentanten des Deutschen Reiches zu bekommen. Dann macht das Blatt einen Vorschlag, der besonders in Bayern interessieren dürfte. Es schreibt:

„Wo, wie etwa im Lande Bayern, das Bedürfnis besteht, den Fürsten in der Tat, als Anwärter auf den Königsthron“ zu bezeichnen, da dies ja immer noch ein gangbarer Ausweg offen: Es kann den Anhängern der Monarchie nicht verwehrt werden, dem Fürstentum das, was der verarmte Staat ihm zu zahlen nicht in der Lage ist, aus eigener Tasche draufzuliegen. Eine wirksamere Propaganda für den monarchistischen Gedanken wäre kaum denkbar, als wenn der bayerische Monarchismus der Welt ein augenfälliges Beispiel der Opferbereitschaft gäbe, das auch der rötteste Monarchistenfresser anerkennen müßte. Wenn erst der letzte oberbayerische Bauer seinen Hundertmarkschein für den „Kini“ in einer Kupferpfunde geopfert hat, dann wollen wir alle, die wir der Sache noch etwas skeptisch gegenübersehen, reumütig unseren Hut ziehen vor dem bayerischen Monarchismus.“

Ein guter Gedanke. Wer seinen Thronprätendenten nicht entbehren zu können glaubt, der möge ihn auch selbst begähnen. Jedem das Seine, und dem Monarchisten seine „Königsabgabe“.

Urabstimmung im Bankgewerbe.

Berlin, 29. Dez. Wie die Blätter melden, beabsichtigen die Bankbeamtenorganisationen über den vor Weihnachten gefällten Schiedsspruch im Bankgewerbe eine Urabstimmung vornehmen zu lassen.

Noch keine Entscheidung über die Abrüstungskonferenz. Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, steht über die Frage, ob die Einladung des Völkerbundesrates zur Abrüstungskonferenz von Deutschland angenommen wird, noch nichts fest. Die Entscheidung darüber soll der neuen Regierung vorbehalten bleiben. Im Falle der Annahme der Einladung würden Referenten des Reichswehrministeriums und des auswärtigen Ausschusses teilnehmen.

Tschitscherin in Litauen.

Kowno, 28. Dez. Während seiner Anwesenheit in Kowno hat der russische Volkskommissar Tschitscherin die Presse empfangen und folgendes erklärt: „Das litauische Volk hat sich in den vielen Jahren des zaristischen Regimes seine nationalen Eigenschaften und seine Kultur erhalten, und in den letzten Jahren, nach dem Fall der zaristischen Regierung, hat sich erwiesen, daß ein litauischer Staat existieren kann. Vom ersten Tage an, als wir mit Litauen in nähere Berührung kamen, haben wir erkannt, daß die Existenz Litauens im Interesse des Friedens und des europäischen Gleichgewichts eine Notwendigkeit ist. Diese Überzeugung kann uns auch nicht genommen werden durch irgendwelche Argumente. Meine Unterhandlungen mit vielen europäischen Staatsmännern haben gezeigt, daß dieser Standpunkt kein einzelner mehr ist. Vor acht Jahren hat fast noch niemand in Europa gewußt, daß Litauen auf der Welt existiert, jetzt hat es das Recht seiner Existenz, wie auch jene gefürchtete Kombination, die sich Völkerbund nennt, sich dazu stellen mag, bewiesen. Ich bin sehr zufrieden, daß ich als erster Vertreter der Regierung, welche die russische Föderation geschaffen hat, die Möglichkeit habe, den litauischen Staat zu begrüßen, und ich versichere Litauen unserer unbedingten Freundschaft.“ Ueber die Wilnaer Frage äußerte sich Tschitscherin, daß sie allein durch Litauen und Polen gelöst werden müsse. Rußland würde sich nicht in diese Angelegenheit einmischen. Zur Frage eines

Verbandes der baltischen Staaten erklärte Tschitscherin, wenn dieser Bund, wie sich ein polnischer Minister in Wellingsford geäußert habe, „zur Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen das asiatische Barbarentum“ dienen sollte, könne er Rußlands Sympathie nicht gewinnen. Bezweide er aber die friedliche, ökonomische und politische Entwicklung der baltischen Staaten, dann werde Rußland ihm freundlich gegenüberstehen. Weiter sagte Tschitscherin, daß Rußland in den Völkerbund nicht eintreten werde. Die Frage, ob Rußland an der Entwaffnungskonferenz teilnehmen werde, sei noch nicht geklärt.

Das offizielle Regierungsblatt, die „Dietuda“, begrüßte Tschitscherin in einem Beiratsartikel, in dem es heißt: „Der Besuch des großen Gasten in der zeitweiligen Hauptstadt Litauens hat eine sehr große politische Bedeutung, sowohl für die Befestigung der Freundschaft zwischen Litauen und Rußland als auch in ökonomischer Beziehung. Es ist für Litauen wichtig, die Freundschaft mit dem großen Rußland aufrecht zu erhalten, wie es für jedes Land wichtig ist, und möge es noch so klein sein.“ Das Blatt hofft, daß der Besuch des Volkskommissars des Reiches in Litauen politische Resultate haben werde, und wünscht weiter, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer freundschaftlicher gestalten mögen.

Das orientalische Wespennest.

Der Irak freut sich?

London, 28. Dezember. Bei Premierminister Baldwin ist ein Telegramm des Premierministers des Irak eingegangen, in dem die Irakerregierung ihre herzliche Freude über die vom Völkerbundrat gefasste Entscheidung, die von der Bevölkerung des Iraks mit großer Begeisterung aufgenommen worden sei, Ausdruck gibt. In dem Telegramm wird die Bereitschaft der Irakerregierung zur Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages erklärt.

Angora unterwirft sich.

London, 28. Dez. Die Türkei hat sich entschlossen, wegen der Woffsufrage keinen Krieg zu beginnen. Das Kabinett und der Generalsstab hatten eine gemeinsame Sitzung unter dem Präsidium Mustafa Kemals, bei der schließlich die konföderativen Mitglieder über die Militärs das Uebergewicht erlangten und den Ausschlag gegen den Krieg gaben. Es heißt, daß die Vereiterklärung des Völkerbundes, die Verteidigung des Iraks zur internationalen Angelegenheit zu machen, der entscheidende Faktor für den Friedensschluß war.

In London ist bisher eine offizielle Bestätigung dieses Gerüchtes nicht eingetroffen. Baldwin erhielt vom Ministerpräsidenten des Iraks ein Telegramm, in dem die Glückwünsche und der Dank der Irakerregierung ausgesprochen werden, sowie die Bereitschaft, sofort in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages einzutreten.

Die Friedensverhandlungen mit den Deutschen gescheitert.

London, 28. Dezember. Neuter verbreitet folgende Meldung: Der französische Oberkommissar de Jouvenel hatte eine Besprechung mit einer Abordnung von Notabeln aus Damaskus, die über den Fortgang der Verhandlungen jedoch nicht befriedigt sind. Es ist anscheinend unmöglich, zu einer Einigung in der Frage der Uebernahme des vom Libanongebiet im Jahre 1920 annektierten Landes und über eine Amnestie für die Führer des Aufstandes zu gelangen. Eine Drusenabordnung, die sich vor kurzem zur Erörterung der Friedensmöglichkeiten nach Sweida begeben hatte, ist anscheinend unverrichteter Dinge zurückgekehrt.

Russisch-afghanischer Zwischenfall.

Ein ernsthafter Zwischenfall hat sich an der russisch-afghanischen Grenze abgespielt. Sowjetrussische Truppen besetzten einen Teil einer von dem Flusse Oxus nordwestlich von Schanabad gebildeten Insel und griffen den dort bei Dardab befindlichen afghanischen Vorposten an, dessen Kommandeur getötet wurde. Die Insel ist 30 mal 10 Meilen groß und galt seit Jahrhunderten als afghanisches Gebiet. Der Oxus ist die vertragmäßige Grenze zwischen Rußland und Afghanistan. Während früher der Nordkanal die hauptsächlichste Verkehrsstraße war, ist es jetzt der Süden und aus diesem Grunde beanspruchen die Russen die Insel für sich.

Friedensangebot Abd el Krims.

Paris, 27. Dezember. Wie Havas aus Madrid berichtet, hat die spanische Regierung zu der im Auftrage Abd el Krims eingeleiteten Friedensvermittlung des englischen Kapitäns Cunnings in einer Verlautbarung Stellung genommen, in der es heißt:

„Nach den Siegen der französischen und spanischen Truppen im Laufe des letzten Feldzuges und nachdem die spanischen Truppen im Abschnitt von Albric gelandet und dort feste Stellungen bezogen haben, kann man einen Abgesandten Abd el Krims nicht ernst nehmen, wenn dieser, wie Kapitän Cunnings, die Verpflichtungen, die der Anführer anzunehmen bereit ist, nur auf die Annahme der religiösen Autonomie des Sultanats beschränkt, im übrigen aber die vollständige Unabhängigkeit fordert, die sich unter dem Namen einer „weitgehenden Autonomie“ verbirgt, und wenn er ferner außer anderen Vorteilen für die Aufständischen noch die Abtretung von Gebietsstücken verlangt, die Frankreich und Spanien unter großen Anstrengungen und zur Sicherung des Friedens besetzen mußten. Wenn Abd el Krims etwa Zeit gewinnen will, um sich wieder zu erholen, so darf er nicht vergessen, daß die französische und die spanische Regierung über ihre Interessen wachen und nur Bedingungen annehmen werden, die ihrer Lage als Sieger entsprechen.“

Die spanische Writzeitung „Telegramme de Rif“ veröffentlicht Auszüge eines Urteils Abd el Krims, in dem dieser erklärt, der Rifkrieg sei ein Teil der spanischen panislamischen Bewegung, die sich gegen England, Frankreich und Spanien richte. Abd el Krims betont, er werde den Krieg bis zur Befreiung vom fremden Joch fortführen. Infolge des unaufhörlichen Regens stehen die Stadt El Har und die Gebirgsparake höllig unter Wasser. Der Loukkos-Fluß ist ein stehender Strom geworden. Die Rifstahlen rücken im oberen Lauf des Berges erneut vor. Das von den Spaniern besetzte Alabr ist bedroht.

Kuffand gegen Abd el Krims.

Paris, 28. Dezember. „Newport Herald“ meldet aus Madrid, daß in der Gegend von Schachauen ein Kuffand gegen Abd el Krims ausgebrochen sei, bei dem es zu schweren Kämpfen zwischen den Kuffandischen und Abd el Krims-Anhängern gekommen sei. Auf beiden Seiten habe es diese Tote gegeben. Drei von Abd el Krims Hauptführern seien gefallen.

Drei Jarenoffiziere wegen Spionage erschossen.

Berlin, 27. Dezember. Die Morgenblätter melden aus Moskau: Auf Grund eines Urteils des Moskauer Tribunalgerichts sind in Omak drei frühere zaristische Offiziere, die der Spionage zugunsten Frankreichs beschuldigt wurden, standrechtlich erschossen worden. Außerdem schwebt zurzeit ein Verfahren gegen mehrere Offiziere, ebenfalls wegen Spionage und zwar zugunsten Japans.

Ne. Seit Ausnahme auch die B... griffen, un... Sports nicht... und das R... Mächtigen... Orte haben... Grad Wä... ist, kann m... spize die... Jahreszeit... Als U... Bestwinde... gegen Osten... gegen, ist m... zu rechnen. Schon... schen Ström... und Schnee... die Hochwa... nun aus all... ich schon tr... wasserfatafr... bei Roblegg... weist er ber... der Rhein b... fallen war... Koblenz un... Kreuznach u... Letztere steig... Koblenz rech... terer Steige... sich mit ein... Hochwasserf... dürften Rhe... um 7 bis 10... die Wofel b... Der Da... Frankfu... Pilgram un... gehabt, als... der Reichsb... direkte Bahn... auch den gel... auf mindeste... werden Ver... daß eine St... läge nach... Bahnhöfen i... personenzüge... einer Versta... Die Reichsb... erheblich jäh... unwejenlich... Der Da... gegen 2 Uhr... Hauptgleis... bergfels. D... leben, daß... boden hoben... Strecke in g... Witz bölliger... gleich nach... ununterbroch... Wiederherstell... stens zwei... Verkehr wic... Der... Das fuß... Person? ... Der W... „Ranu... Gottlob De... Walfre... Generaldire... Hige 'n big... denn, bereh... poniert? D... donnerte de... schlotternd... Gottlob den... Privatbüro... kurzerhand... fragte ihn:... hohe Ehre? ... August... seinen Besu... drückte sein... Herrn Bert... er sich bei... werke hier... August... Die Hige, d... Bert, sein... Damme sei... von der Sa... Gottlob... an. Ra -... Haft da, alt... so hoch g...